



## **Sachsen am Scheideweg**

**Carsten Körber MdB**

**Juni 2018**

### **Zusammenfassung**

---

Der Beitrag widmet sich nochmals kritisch der Bundestagswahl 2017. Im Blickpunkt stehen dabei die zukünftigen Herausforderungen für die CDU und im speziellen für die sächsische Union.

Bereits kurz nach der Wahl galt es, das Ergebnis zu analysieren und kritisch zu hinterfragen, um so den kommenden Weg abzustecken.

Auch diese Analyse zeigt klar auf, welche Aufgaben zukünftig bevorstehen und in welchen Bereichen es gilt nachzusteuern. Besonders deutlich wird, dass emotionale Aspekte und Probleme des Alltags, ebenso wie gefühlte Ungerechtigkeiten in der Bevölkerung in einem engen Zusammenhang mit dem Abschneiden der CDU stehen.

Dabei gilt es zunächst jedoch nicht weiter nach rechts zu rücken, sondern das Vertrauen derer zurückzugewinnen, die sich abgehängt fühlen und deshalb Protest gewählt haben.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

### Einführung

Über ein halbes Jahr liegt die Bundestagswahl 2017 nun zurück. Nach dem ersten Resümee zum Wahlergebnis und den kräftezehrenden Verhandlungen zur Regierungsbildung stellt sich dennoch die Frage „Wie geht es weiter?“. Als sächsischer Bundestagsabgeordneter der CDU liegt mir meine Heimat natürlich besonders am Herzen: Welche Probleme die Menschen in ihrem Alltag beschäftigen und was sie bewegt. Dabei ist die gefühlte Ungerechtigkeit im Osten der Bundesrepublik ein entscheidender Faktor und auch wohin sich die sächsische Union im Parteienspektrum bewegt.

Den Wahlkreis Zwickau zum zweiten Mal direkt gewonnen zu haben, hat mich selbstverständlich gefreut. Aber ich möchte auch nicht verhehlen, dass mich das Abschneiden der AfD, besonders hier bei uns in Sachsen, schockiert hat.

In den Monaten vor der Bundestagswahl hatte ich zusammen mit unseren Parteimitgliedern, mit vielen ehrenamtlichen Helfern und Unterstützern, für einen Wahlsieg der Union gekämpft. Das ist gelungen, aber natürlich war es nicht das Ergebnis, das ich mir gewünscht hatte.

- Im Vergleich zu 2013 haben wir über acht Prozentpunkte verloren (größter Verlust, SPD -5,2 Prozentpunkte).
- Bundesweit haben wir 1,04 Mio. Stimmen an die AfD verloren.
- In Sachsen, wo die AfD sogar knapp die meisten Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte (AfD 27,0%; CDU 26,9%), haben wir 5,1 Prozent der Wähler an die AfD verloren.
- Wir dürfen allerdings nicht nur auf AfD schauen; an die FDP hat die CDU bundesweit 1,62 Mio. Wähler verloren, in Sachsen 2,7 Prozent.

Für das schlechte Abschneiden der Union gibt es Gründe, die wir genau analysieren müssen.

### Licht- und Schattenseiten im Wahlergebnis

Das Ergebnis der Wahl hat Licht- und Schattenseiten. Als stärkste politische Kraft in diesem Land haben wir den Auftrag des Wählers, eine neue Regierung zu bilden. Aber das Ergebnis zeigt deutlich, dass wir unsere Hausaufgaben machen müssen. Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges sitzt eine zumindest in Teilen rechtsradikale Partei im höchsten deutschen Parlament. Als demokratische Kräfte müssen wir dort verstärkt ansetzen, wo wir die Menschen und ihre Sorgen offenkundig nicht erreicht haben. Fest steht jedenfalls, dass die AfD keine Option ist. Neulich las ich, die AfD zu wählen, weil man sauer auf die Regierung sei, wäre dasselbe wie sein Auto anzuzünden, weil man Ärger mit der Werkstatt hat.

Ich warne davor, das, was die Bürger bewegt, nicht ernst zu nehmen. Politik hat nicht nur den Sinn, Dinge im Bundestag zu beschließen und diese Beschlüsse den Menschen dann zu erklären. Politik muss auch zuhören. Das muss wieder verstärkt geschehen.



Was wir allerdings wissen und beachten müssen: Es gibt nicht den – einen – Grund für unser Ergebnis bei der Bundestagswahl. Die Gründe für das schlechte Abschneiden können weder komplett im Bund noch komplett im Freistaat Sachsen gefunden werden. Vielmehr sehe ich eine Gemengelage aus verschiedenen Faktoren und Einflüssen.

Die Flüchtlingspolitik ist lediglich Katalysator einer gewissen Frustration und eines Unmutes in der Bevölkerung. Zwei Drittel der AfD-Wähler haben die AfD aus Protest und nicht aus Überzeugung gewählt. Sie erwarten nicht, dass sie die Probleme löst. Es war vielmehr ein Hilferuf, von dem sie erwarten, dass wir auf deren Probleme aufmerksam gemacht werden und diese lösen. Auch die Protestwähler trauen es uns zu, und nicht der AfD, die Probleme zu klären. Diese zwei Drittel der AfD-Wähler gilt es zurückzugewinnen. Der Rest hat sich wohl leider von unseren demokratischen Werten verabschiedet und vertritt mehr oder minder offen rechtsextremistisches Gedankengut.

Es gilt jetzt, die tieferliegenden Ursachen zu analysieren und die Probleme zu klären und zu beseitigen. Und aus meiner Sicht ist es weniger die soziale Frage, denn vielen der AfD-Wählern geht es wirtschaftlich gut: es gibt keinen Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und Wahlverhalten der AfD.

### Emotionale Aspekte

Eine Ursache dafür kann die „Veränderungsmüdigkeit“ der Menschen sein, vor allem hier im Osten. Vor 27 Jahren mussten sie ihr Leben neu organisieren, danach hatten einige wechselnde Jobs, gebrochene Erwerbsbiografien. Dann hat im Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung zusätzlich dazu die Globalisierung die Welt verändert – vieles ist in Bewegung. Und heute reden wir von Digitalisierung und Industrie 4.0 – viele wissen noch gar nicht, was das ist, aber es kommen wieder Veränderung und Verunsicherung auf uns zu. Weiterhin sehe ich eine Angst vor kultureller Veränderung. Das vermeintlich Fremde kommt durch die Einwanderung und die Flüchtlinge und führt abermals zu Veränderung und gesellschaftlicher Anpassung. Und wenn einen all diese Veränderungen und vermeintlichen Ängste umtreiben, dann macht man eben das Kreuz bei einer Partei, die den Eindruck vermittelt, alles wieder so zu machen, wie es im Grunde aber ja nie gewesen ist.

Einen weiteren emotionalen Aspekt sehe ich in der mangelnden Gleichwertigkeit der Biographien von Ost- und Westdeutschen. Die ostdeutsche Geschichte und damit verbundenen Biographien sollten genauso selbstverständlich zur kollektiven Erinnerung gehören, wie die westdeutsche Geschichte. Doch häufig wird letztere als bestimmend empfunden und so hat man als Ostdeutscher das Gefühl in diesem Land nicht im gleichen Maße angekommen zu sein und mit seiner Biografie wertgeschätzt zu werden. Viele fühlen sich regelrecht „fremd im eigenen Land“ oder als Bürger zweiter Klasse, weil die Erfahrungen der Ostdeutschen nicht gleichwertiger Teil des kollektiven Gedächtnisses unseres Landes sind.

### Ärgernisse des Alltags

Viele Leute sind frustriert über die kleinen und großen Ärgernisse des Alltags und stellen in diesem Zusammenhang in einigen Bereichen eine abnehmende Handlungsfähigkeit des Staates fest.

Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten als Staat in weiten Teilen handlungsunfähig reguliert. Wir sind zum Beispiel nicht mehr in der Lage, eine offensichtlich dringend benötigte Straße in einer angemessenen Frist und zu vertretbaren Kosten zu bauen. Jeder vermeintliche Interessenverband kann derartige Vorhaben mit abwegigsten Begründungen beklagen, verzögern, oder sogar verhindern.



Irrwitzige Vorgaben beim Brand- und Klimaschutz machen öffentliches und privates Bauen unverhältnismäßig teuer – hier sollten wir den Mut haben, Standards wieder abzusenken.

Seit Jahren erzählen wir den Menschen, dass wir Bürokratie abbauen würden. Die wahrgenommene Realität der meisten Menschen ist eine andere. Vor allem der Mittelstand leidet unter zunehmender Bürokratie. Viele Kleinunternehmer haben auch deshalb AfD gewählt.

Häufig sind Entscheidungen von Verwaltungen mit dem gesunden Menschenverstand nicht nachvollziehbar. Selbst Sachbearbeiter schütteln häufig mit dem Kopf und verweisen resigniert auf die Vorschriften. Auch das erzeugt Frust auf beiden Seiten. Wir müssen auch den Menschen in den Verwaltungen wieder mehr zutrauen und deren Entscheidungsspielräume spürbar vergrößern. Nicht derjenige, der nie eine falsche Entscheidung trifft, sollte künftig Karriere machen, sondern derjenige, der mutige Entscheidungen trifft, die im Sinne einer weiteren Entwicklung sind. Das ist es, was ich ganz oft von den mittelständischen Unternehmern höre.

Die seit über zehn Jahren nicht zurückgenommene Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge müssen wir endlich angehen. Unser Verweis darauf, dass es damals von Rot-Grün zum 01.01.2006 so beschlossen wurde, weil die Sozialkassen unter die Mindestreserve gefallen sind, wirkt heute wie Hohn. Wir hatten in den vergangenen Jahren so hohe Reserven in den Sozialkassen, dass wir eine Rücknahme der Vorfälligkeit ohne eine Beitragserhöhung oder Leistungskürzung hätten vornehmen können. Wir hatten so lange Zeit dazu, dieses Problem, was den Mittelstand wirklich ohne Not belastet und in hohem Maße frustriert, zu lösen. Wir sollten jetzt den Anlauf dazu nehmen.

Die Wünsche eines erheblichen Teils der Bevölkerung im Freistaat Sachsen, der Polizei und der Justiz ein härteres Durchgreifen bei asylsuchenden Straftätern, verbunden mit einer sofortigen Abschiebung zu ermöglichen, wird so in einem Rechtsstaat nicht eins zu eins umzusetzen sein. Wir müssen uns aber schon die Frage stellen, wieso sich zahlreiche Polizeibeamte von Politik und Justiz allein gelassen fühlen und frustriert sind. Wenn sie zum Beispiel mehrfach einen Intensivstraftäter (ganz gleich ob Asylsuchender oder Deutscher) auf frischer Tat ertappen und er am Folgetag wieder auf freiem Fuß die nächsten Straftaten begeht, dann kann das eben zu Frustrationen führen. Hier sollten wir sowohl den Handlungsspielraum der Polizei vergrößern als auch die Justiz zu konsequenterem Vorgehen gegen o.g. Personengruppen drängen. Wo es nötig ist, müssen wir uns dafür einsetzen, die gesetzlichen Regelungen dafür zu schaffen. Dies gilt ebenso für unser Bemühen, Abschiebungen von straffällig gewordenen Asylbewerbern konsequenter umsetzen. Wenn derartige Bemühungen sichtbar werden, dann schafft das wieder Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und damit entsteht wieder Akzeptanz gegenüber staatlichem Handeln.

Vor diesem Hintergrund halte ich die Einführung eines Einwanderungsgesetzes für in höchstem Maße geboten. Die Unterscheidung zwischen Asylsuchendem, (Wirtschafts-)Flüchtling und Fachkraft wird auch in der öffentlichen Debatte eine bessere Unterscheidung zwischen diesen Personengruppen ermöglichen und kann so ein erheblicher Beitrag zur Versachlichung der Debatte sein.

### **Gefühlte Ungerechtigkeit**

Neben all diesen – global gesehen nicht existenziellen – aber eben doch existierenden Ärgernissen des Alltages gibt es auch noch eine gefühlte Ungerechtigkeit, die die Menschen mehr und mehr umtreibt.



Es ist die gefühlte Ungerechtigkeit, dass der kleine, einfache Mann, der Falschparker, der 15 km/h zu schnell fährt, sofort vollstreckt wird, weil er leicht zu kriegen ist, und ein 20mal klauender Vergewaltiger oder steuerhinterziehender Millionär davon kommt – wenn man es so übertrieben darstellen möchte.

Wir müssen uns wieder mehr zum Kämpfer für die Sachsen machen. Vielleicht sind die Sachsen – aufgrund ihrer stolzen Geschichte – auch besonders aufmerksamkeitsbedürftig. Historisch haben die Sachsen ein sehr starkes Selbstbewusstsein. Schon immer nach der Wende gab es Führungsfiguren, die den Sachsen Liebe und Aufmerksamkeit schenkten. Und nun denken vielleicht viele: „Mutti hat uns nicht mehr lieb, die kümmert sich lieber um die Flüchtlinge!“

Und nur wenn wir all diese kleinen und größeren Grundprobleme lösen, werden diese 60 Prozent der Protest-AfD-Wähler wieder in uns Zutrauen finden. Wir werden das Problem aber nicht lösen, wenn wir als Union jetzt glauben, wir müssten mit unseren Positionen zu einer „AfD light“ werden.

### Rechtsruck ist keine Lösung

Es wäre meines Erachtens ein großer Irrtum, wenn die Sächsische Union nach dieser Wahl weiter „nach rechts“ rücken möchte. Die CDU Sachsen war schon immer einer der konservativsten Landesverbände in unserer Unionsfamilie. Und der wahrscheinlich konservativste, die CSU, hat bei dieser Bundestagswahl ebenfalls massive Verluste zu beklagen. Sich innerhalb unserer Partei möglichst weit rechts zu positionieren, kann also kein Garant dafür sein, die AfD klein zu halten.

Was wir aus der Wahlniederlage für Schlüsse ziehen, ist keine Frage des politischen Koordinatensystems, entscheidend ist, dass wir die Probleme der Menschen lösen. Hier geht es nicht um vermeintlich linke oder rechte Politik. Hier geht es um Lösungskompetenz. Wir müssen dorthin kommen, Politik nicht nur präsidial zu erklären und inhaltlich korrekt zu erläutern, warum etwas nicht geht, sondern wir müssen wieder mehr für Lösungen kämpfen.

Ich möchte, dass wir Sachsen eine wahrnehmbare Stimme in Berlin sind. Nach der Verkleinerung unserer Landesgruppe im Deutschen Bundestag von 17 auf 12 Abgeordnete ist das schon eine schwierige Startposition. Unsere sächsische CDU darf sich nun aber nicht in eine Außenseiterrolle manövrieren, die dann im Bund gar nichts mehr ausrichten kann. Unabhängig davon würde eine derartige Entwicklung auch uns sächsischen Abgeordneten das Leben in Berlin noch schwerer machen und unseren Einfluss begrenzen.

Natürlich bedarf es aber auch weiterhin einer tiefergehenden politischen Bildung – besonders in den Schulen. Es ist erschreckend, welch mangelnde Grundkenntnisse unserer demokratischen Prozesse teils vorherrschen und, dass diese auch gesellschaftlich akzeptiert zu sein scheinen. Wir haben einen Verlust an Diskursfähigkeit in unserer Gesellschaft zu kompensieren, Stichwort Blasenbildung in den sozialen Netzwerken.

Es wird unsere größte Aufgabe in dieser globalisierten Welt sein, die traditionelle „nach-innen-Gewandtheit“ der Menschen mit der notwendigen „nach-Außen-Gewandtheit“ der Politik irgendwie in Einklang zu bringen.

Wir haben als Sächsische Union dieses Land in den letzten 27 Jahren gut regiert. Wir dürfen uns jetzt nicht einreden, dass alles was wir gemacht haben, falsch war. Sonst stünden wir heute nicht so gut da. Was wir aber tun müssen: In einigen Punkten massiv nachsteuern, wie ich es eben benannt habe. Und darauf müssen wir unsere ganze Kraft konzentrieren.

\*\*\*



**Anmerkung:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Carsten Körber, geboren in 1979 in Zwickau, ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Mitglied im Haushaltsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss sowie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie.

An der Technischen Universität Chemnitz hat er einen Master in Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre erworben. 2002-2012 war er Mitarbeiter und Büroleiter eines sächsischen Bundestagsabgeordneten. Im Jahr 2012 wurde er Leiter des Büros für Wirtschaftsförderung der Stadt Zwickau. Seitdem wirkt er auch als selbstständiger Wirtschafts- und Unternehmensberater.

Carsten Körber ist seit 2002 Mitglied in der CDU, seit 2005 Vorsitzender der CDU Mülsen, seit 2012 Erster Stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes. 2009-2015 war er Mitglied des Gemeinderats und Stellvertretender Bürgermeister (bis 2012) der Gemeinde Mülsen.



*Carsten Körber MdB*